Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/426

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**30. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. März 1966**

**31. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 17. März 1966**

**32. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 18. März 1966**

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

Abgeordneter Schmidt (Kempten)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch eine gesetzliche Übergangsregelung den durch das Bundesgesetz über die staatlichen Ingenieurschulen benachteiligten Studenten privater Ingenieurschulen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes bereits ihr Studium begonnen hatten, einen Abschluß mit einer Ingenieurgraduierung zu ermöglichen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

II. 1. Abgeordneter **Fritz (Wiesbaden) *)**

Ist die Bundesregierung bereit, dem Zusammenwachsen von Mainz und Wiesbaden Rechnung zu tragen und die intensiven Bemühungen um stärkere wirtschaftliche, kulturelle und kommunalpolitische Zusammenarbeit dadurch zu unterstützen, daß für Telefongespräche zwischen den beiden Städten der Ortstarif eingeführt wird, nachdem sie ihre grundsätzlich ablehnende Haltung durch die Einführung des Ortstarifs im Telefonverkehr zwischen Bonn und Bad Godesberg hat fallenlassen?

II. 2. Abgeordneter **Faller *)**

Ist das Bundespostministerium bereit, das Angebot einer Privatfirma in Südbaden wohlwollend zu prüfen, die bereit ist, die Kosten für den Bau eines Fernsehumsetzers für den Empfang des 2. Fernsehprogramms in Lörrach zu übernehmen?

II. 3. Abgeordneter **Faller *)**

Sind die technischen Voraussetzungen für den Bau eines Fernsehumsetzers in Lörrach bereits gegeben?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

II. 4. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**	Kann — in Ergänzung meiner am 17. Februar d. J. beantworteten Frage V/15 (Drucksache V/301) — nach § 13 Abs. 6 der Fernsprechordnung mit dem Wortlaut: „Die Gebühren verjähren in einem Jahr. Die Verjährung beginnt mit dem Schluß des Jahres, in dem die Gebühren entstanden sind." überhaupt die Nachforderung erhöhter Fernsprechgebühren auf 2½ Jahre ausgedehnt werden?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**	Wie viele Fälle haben sich seit Inkrafttreten des § 44 a des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes ergeben?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

Abgeordnete Frau Freyh	In welcher Höhe sind für das Haushaltsjahr 1965 Einsparungen von Bundesmitteln für die Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen nach bundeseinheitlichen Regelungen sowie für die Studentenförderung nach dem Honnefer Modell zu erwarten, die durch die Verrechnung der Ausbildungszulagen mit diesen Beihilfen entstanden sind?

V. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

V. 1. **Abgeordneter Müller (Mülheim)**	Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (VEBA) den Sitz ihrer Gesellschaft verlegen will?
V. 2. **Abgeordneter Müller (Mülheim)**	Welche Gründe sind gegebenenfalls für die Sitzverlegung der VEBA maßgebend?

VI. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

VI. 1. **Abgeordneter Cramer**	In wessen Auftrag wird z. Z. auf den Starfighter-Flugzeugen ein Lärmfilm gedreht?
VI. 2. **Abgeordneter Cramer**	Wer trägt die Kosten der unter VI/1 genannten Filmaufnahmen?
VI. 3. **Abgeordneter Cramer**	Welcher Zweck wird mit dem unter VI/1 genannten Film verfolgt?

VII. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

VII. 1. Abgeordneter **Dorn**

Trifft es zu, daß es wegen des Vorschlags der Deutschen Botschaft auf Madagaskar, anläßlich des Staatsbesuchs von Bundespräsident Lübke der Friseuse seiner Gattin einen Orden zu verleihen, zu Schwierigkeiten mit dem Protokoll der madegassischen Regierung gekommen ist?

VII. 2. Abgeordneter **Dorn**

Entspricht es den internationalen diplomatischen Gepflogenheiten, mit einem Ansinnen der vorstehend bezeichneten Art an die Regierungen befreundeter Staaten heranzutreten, oder handelt es sich um einen einmaligen Vorgang?

VII. 3. Abgeordneter **Dorn**

Welche Voraussetzungen müssen Personen, die zur privaten Begleitung des deutschen Bundespräsidenten und seiner Gattin zählen, erfüllen, um bei Auslandsreisen den Regierungen der Gastländer für eine Ordensverleihung vorgeschlagen zu werden?

VII. 4. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Sind der Bundesregierung die Gründe bekannt, die den Vorsitzenden der CDU, den Abgeordneten Dr. Adenauer, auf dem Landesparteitag der rheinland-pfälzischen CDU am 6. März d. J. zu der Anklage veranlaßten, die heutige außenpolitische Lage der Bundesrepublik sei die schlechteste seit 1945?

VII. 5. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Ist in diesem Jahr noch mit der Errichtung der für das Abrüstungsreferat im Auswärtigen Amt geplanten Forschungsstelle zu rechnen?

VII. 6. Abgeordneter **Flämig**

Welche Erfahrungen wurden in der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahre mit dem Europatag gemacht, der auf Grund einer Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates und auf Beschluß des Ministerausschusses des Europarates vom 31. Oktober 1964 alljährlich am 5. Mai in allen Ländern des Europarates begangen werden soll?

VII. 7. Abgeordneter **Flämig**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß angesichts der Schwierigkeiten, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaften aufgetreten sind, jetzt der mit dem Europatag beabsichtigten Weckung und Stärkung eines europäischen Gemeinschaftsbewußtseins in der Bevölkerung aller europäischen Länder besondere Bedeutung zukommt?

VII. **8. Abgeordneter Flämig**

Hat die Zahl der Befürworter eines Vereinten Europas, die nach dem Ergebnis einer im Jahre 1962 im Auftrage des Gemeinsamen Informationsdienstes der Europäischen Gemeinschaften durchgeführten Umfrage in der Bundesrepublik nahezu 80% betrug, seit der EWG-Krise im Sommer 1965 abgenommen, zugenommen oder ist sie unverändert geblieben?

VII. 9. Abgeordneter **Genscher**

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Anwesenheit französischer Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme Westberlins, wenn diese Truppen nicht mehr dem gemeinsamen NATO-Oberkommando unterstehen?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VIII. 1. Abgeordneter **Dr. Martin**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Errichtung einer Fernsehuniversität, wie sie die englische Regierung in einem Weißbuch vorschlägt, auch in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht werden kann?

VIII. 2. **Abgeordneter Dr. Martin**

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, mit den Ländern und den Fernsehanstalten über die Errichtung einer Fernsehuniversität in Verhandlungen einzutreten?

VIII. 3. **Abgeordneter Biechele**

Treffen nach Meinung der Bundesregierung die Feststellungen und Befürchtungen zu, die die „Neue Zürcher Zeitung" in ihrem Leitartikel „Linksradikalismus an der Freien Universität Berlin" mit dem Untertitel „Umstürzlerische Programme" in der Fernausgabe Nr. 54 vom 24. Februar 1966 darstellt und die so zusammengefaßt werden: „So, wie die Dinge stehen, ist damit zu rechnen, daß die revolutionär Gesinnten im nächsten Semester drei- bis viertausend Studenten auf die Straße bringen werden und daß die Neigung zum Umsturz wächst. Eine solche Annahme ist um so berechtigter, als die radikalen Studenten bereits die Absicht erkennen lassen, das Verbot des Parteitages der SED in Westberlin durch die Westmächte zum Anlaß zu nehmen, um die Demonstrationen gegen die Politik der Amerikaner in Vietnam mit Kundgebungen gegen eine angebliche Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Westberlin durch die Amerikaner zu kombinieren."?

VIII. 4. **Abgeordneter Biechele**

Erwägt die Bundesregierung Schritte, um den in dem vorstehend zitierten Artikel dargestellten Gefahren zu begegnen?

VIII.	**5. Abgeordneter Schmitt-Vockenhausen**	Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung nunmehr hinsichtlich der Verbesserung der Besoldung der Lehrkräfte im Fachschuldienst des Bundes (Bundeswehr und Bundesgrenzschutz) in dem angekündigten Besoldungsänderungsgesetz (vgl. Fragestunde in der 10. Sitzung am 2. Dezember 1965)?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

IX.	**1. Abgeordnete Frau Meermann**	Wird die Bundesregierung der Aufforderung des Landesausschusses der CDU Schleswig-Holstein, eine Änderung der Sozialklausel im Mietrecht vorzunehmen, entsprechen?
IX.	2. Abgeordnete **Frau Meermann**	Teilt die Bundesregierung die vom Landesausschuß der CDU Schleswig-Holstein vertretene Auffassung, daß § 556 a BGB die schutzwürdigen Interessen des Mieters nicht ausreichend berücksichtigt?
IX.	3. Abgeordnete **Frau Meermann**	Teilt die Bundesregierung insbesondere die von Ministerpräsident Dr. Lemke vertretene Ansicht, daß vor allem ältere Menschen mehr als bisher vor der Kündigung des Mietverhältnisses geschützt werden müssen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

X.	**1. Abgeordneter Dr. Jahn (Braunschweig)**	Ist die Bundesregierung bereit, den Leitungen der Forschungsanstalten des Bundes in den Titeln, die unmittelbar der Forschung dienen, die Auswechselbarkeit von Titeln oder Teilen derselben in stärkerem Maße als bisher zu überlassen?
X.	2. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**	Ist die Bundesregierung bereit, Rechenmaschinen, die in Forschungsanstalten als wissenschaftliche Hilfsmittel gelten, aus den Büroausstattungstiteln herauszunehmen, um damit die Schwierigkeit der Ausstattung der wissenschaftlichen Institute zu erleichtern?
X.	3. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**	Ist die Bundesregierung bereit, Mittel, die unmittelbar der Forschung dienen, in übertragbare Titel umzugestalten?
X.	**4. Abgeordneter Dröscher**	Wird die seitens des Bundesfinanzministeriums vorgesehene Neuregelung der Umsatzsteuer beim Austauschverfahren mit Kfz-Motoren und -Einzelteilen, die mit den Grundsätzen einer möglichst einfachen und übersichtlichen Steuergesetzgebung nicht zu vereinbaren ist, infolge des dadurch erheblich wachsenden Verwaltungsaufwandes der Betriebe nicht letztlich zu einer vom Verbraucher zu tragenden Verteuerung auf diesem Sektor der Dienstleistungen führen?

X. 5. Abgeordneter **Dröscher**

Ist es richtig, daß beim Kauf von Personenkraftwagen wegen der unterschiedlichen Umsatzsteuerbelastung Arbeitnehmer letztlich einen um 3% höheren Kaufpreis zahlen müssen als Inhaber von gewerblichen Unternehmen oder sonstige Käufer, für deren Käufe nur 1% Umsatzsteuer gezahlt zu werden braucht?

X. 6. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Finanzschwierigkeiten zu beheben, die bei der Beseitigung von Verkehrsmißständen an Kreuzungen zwischen kommunalen Straßen und Bahnstrecken entstanden sind?

X. 7. Abgeordneter **Varelmann**

In welchem Umfang werden die Arbeitgeber in der Lohnsumme in den verschiedenen Länder der EWG durch gesetzliche soziale Abgaben belastet?

X. 8. Abgeordneter **Varelmann**

Sind die Haushaltsschwierigkeiten der Bundesrepublik Deutschland in nicht geringem Umfang dadurch entstanden, daß hier als alleinigem Land der EWG das Kindergeld einschließlich der Ausbildungsbeihilfe aus dem Steueraufkommen bestritten wird?

X. 9. Abgeordneter **Varelmann**

In welchem Ausmaß wird der Bundeshaushalt von den Auswirkungen der Politik des Nationalsozialismus einschließlich des durch die NS-Herrschaft ausgelösten zweiten Weltkrieges in den Ausgaben beeinflußt?

X. 10. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert *)**

Wann werden die Gemeinden Elschbach, Gries, Kübelberg, Miesau, Sand und Schönenberg im Landkreis Kusel die Schäden ersetzt erhalten, die ihnen dadurch entstanden sind, daß in ihren im Jahre 1949 von amerikanischen Streitkräften beschlagnahmten und bis heute von diesen benutzten Gemeindewäldern zum Zwecke der Errichtung von militärischen Anlagen große Flächen von wertvollem Jungwald vernichtet wurden?

X. 11. Abgeordneter **Hirsch**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine beschleunigte Verbescheidung der 22 230 Ansprüche der Nationalgeschädigten gemäß Artikel VI des BEG-Schlußgesetzes, die am 1. Januar 1966 anhängig waren und von denen bis zu dem gleichen Zeitpunkt nur 3362 erledigt wurden, insbesondere durch Maßnahmen beim Bundesverwaltungsamt auch für diesen Personenkreis im Interesse des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

X. 12. **Abgeordneter Schmidt (Kempten)**

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, um in den bevorstehenden Verhandlungen bezüglich einer Änderung des Artikels 56 Abs. f des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut eine Gleichstellung der Bediensteten bei den ausländischen NATO-Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland mit vergleichbaren Bediensteten im öffentlichen Dienst zu erreichen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

XI. 1. Abgeordneter **Buschfort**

Treffen Pressemeldungen zu, wonach im Jahre 1965 nicht verkaufte Butter ausgepackt, neu verformt und neu verpackt, d. h. also auch mit neuem Ausformdatum von 1966 versehen, wieder in den Handel gebracht wird?

XI. 2. **Abgeordneter Logemann**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Verwendung der amtlichen Viehzählungsergebnisse für die Beitragsberechnungen zu den Viehseuchen-Entschädigungskassen die Viehhalter veranlassen könnte, weniger Tiere als tatsächlich vorhanden anzugeben?

XI. 3. **Abgeordneter Logemann**

Für welche weiteren behördlichen Maßnahmen werden Einzelangaben der Viehhalter bei den Viehzählungen verwendet?

XI. 4. Abgeordneter **Logemann**

Sind Vorbereitungen im Gange, um in den Mitgliedstaaten der EWG die Viehbestände zu bestimmten Terminen zu zählen und darauf Vorhersagen über die Marktentwicklung aufzubauen?

XI. 5. **Abgeordneter Reichmann**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei den Tabakversteigerungen der Ernte 1965 für Zigarrengut nur ein Durchschnittspreis von 215 DM je Zentner erzielt werden konnte, mitverursacht durch die Zollsenkungen gegenüber den Drittländern?

XI. 6. **Abgeordneter Reichmann**

Ist die Bundesregierung bereit, für den unter XI/5 dargelegten Mindererlös wieder eine Beihilfe für die Tabakerzeuger zu gewähren?

XI. 7. Abgeordneter **Reichmann**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß über das französische Tabakmonopol die französische Tabakernte im Vergleich zu den Tabakpreisen der Drittländer mit 184 DM je Zentner subventioniert wurde, vermutlich um eine gute Ausgangsbasis für die EWG-Tabakmarktregelung zu schaffen?

XI. **8. Abgeordneter Sander**

Wird die Bundesregierung bei den Beratungen im EWG-Ministerrat über die gemeinsame Zuckermarktordnung im Sinne des Bundestagsbeschlusses vom 25. Mai 1965 daran festhalten, daß bei der Preisangleichung ein Erzeugermindestpreis für Zuckerrüben erreicht wird, der den jetzt in der Bundesrepublik Deutschland gültigen Stand nicht unterschreitet?

XI. 9. Abgeordneter **Ertl**

Werden im Bundesernährungsministerium Erwägungen darüber angestellt, ob landwirtschaftlichen Betrieben Umstellungen von der Milchproduktion auf die Rindermast durch bestimmte Förderungsmaßnahmen erleichtert werden sollen?

XI. 10. Abgeordneter **Fellermaier**

Teilt die Bundesregierung die von der Weltgesundheitsorganisation in Genf ausgesprochene Befürchtung, wonach die Tollwutseuche im Vordringen sei?

XI. 11. Abgeordneter **Fellermaier**

Verfügt die Bundesregierung über Erfahrungen, welche Bekämpfungsmethoden bei der Eindämmung der Tollwut am wirksamsten sind?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

XII. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Elsner**

Kann die Bundesregierung mitteilen, wie viele selbständige Landwirte, die ihre Selbständigkeit aufgeben wollen, bisher in Kursen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung umgeschult wurden, für die eine Rückerstattung gemäß der Verordnung Nr. 9 über den Europäischen Sozialfonds erfolgt?

XII. 2. Abgeordnete **Frau Dr. Elsner**

Wie viele Umschulungseinrichtungen der unter XII/1 genannten Art für selbständige Landwirte bestehen in der Bundesrepublik?

XII. 3. Abgeordnete **Frau Dr. Elsner**

Sind die unter XII/1 genannten Einrichtungen so gelegen, daß sie für Landwirte, die sich mit der Absicht tragen, den Beruf zu wechseln, erreichbar sind?

XII. 4. Abgeordnete **Frau Freyh**

Werden Ermessensentscheidungen zum Härteausgleich nach dem Bundesversorgungsgesetz in den Bundesländern verschieden gehandhabt?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

XIII. **1. Abgeordneter Josten**

Welche Erfahrungen hat bisher die Bundesregierung bezüglich des Offiziernachwuchses aus den Reihen der Unteroffiziere gemacht?

XIII.	2. Abgeordneter **Josten**	Wie viele Unteroffiziere wurden seit Bestehen der Bundeswehr zu Offizieren ernannt?
XIII.	3. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Wird der Rhein-Main-Pressedienst in Wiesbaden-Biebrich, der Lokal- und Regionalblätter kostenlos mit Bild- und Textmaterial aus dem Verteidigungsbereich versorgt, aus Haushaltsmitteln des Bundesverteidigungsministeriums unterstützt?
XIII.	4. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Erfolgen die Veröffentlichungen des Rhein-Main-Pressedienstes im Einvernehmen mit dem Bundesverteidigungsminister, wenn sie Fragen aus dem Bereich der Bundeswehr darstellen?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XIV.	1. Abgeordneter **Richter *)**	Wann gedenkt die Bundesregierung die seit Jahren in Planung befindliche Umgehungsstraße zur Bundesstraße 292 im Bereich der Gemeinde Obrigheim auszubauen, nachdem bekannt ist, daß es an den verschiedenen Engpässen hier immer wieder zu Verkehrsstörungen kommt, sich im Ablauf der B 292 mehrere Gefahrenstellen befinden, die schon vielfach zu Unfällen geführt haben, und diese Straße völlig ungeeignet ist, den zusätzlichen Verkehr der rechtsseitigen Neckartalstraße aufzunehmen, wenn diese bei Hochwasser gesperrt ist?
XIV.	2. Abgeordneter **Richter *)**	Ist die Bundesregierung bereit, die Neckarbrücke der Bundesstraße 292 zu verbreitern, da bekannt ist, daß diese Brücke viel zu schmal und den Anforderungen des Verkehrs nicht mehr gewachsen ist?
XIV.	3. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Entspricht es den Tatsachen, daß die Deutsche Bundesbahn Bedenken gegen die Öffnung des Eisenbahngrenzüberganges Bayerisch Eisenstein zur CSSR des Inhaltes angemeldet hat, daß der Übergang bei Eisenstein für den Güterverkehr nicht leistungsfähig genug sei?
XIV.	4. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesstraße 388 als wesentliche Straßenverkehrsverbindung zum Landkreis Wegscheid durch Felsstürze an der Donauleite bei Erlau seit mehr als einem Jahr nur zeitweise und unter Lebensgefahr benutzbar ist?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XIV.	5. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Wann ist mit der Instandsetzung der Bundesbahnstrecke Erlau—Obernzell bei Passau und der Wiederherstellung normaler Verkehrsverhältnisse auf dieser insbesondere für den Landkreis Wegscheid lebenswichtigen Verkehrsverbindung zu rechnen?
XIV.	6. Abgeordneter **Dr. Wörner *)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die völlig unzureichenden Verkehrsverhältnisse am Bahnübergang Eislingen (Fils) wegen der starken Zugfrequenz zu schweren Schäden für die Stadt Eislingen und zu unerträglichen Gefahren und Zeitverlusten für die Verkehrsteilnehmer führen und eine weitere Verzögerung des Baubeginns der geplanten Überführung im öffentlichen Interesse nicht verantwortet werden kann?
XIV.	7. Abgeordneter **Dr. Wörner *)**	Woran liegt es, daß trotz der auch von der Deutschen Bundesbahn anerkannten Dringlichkeit des unter XIV/6 genannten Bauvorhabens und jahrelangen Verhandlungen bis heute eine endgültige Einigung zwischen Gemeinde und Bundesbahn nicht erfolgt ist?
XIV.	8. Abgeordneter **Dr. Wörner *)**	Ist die Bundesregierung bereit, eine schnelle Entscheidung der Deutschen Bundesbahn in der vorstehend genannten Angelegenheit herbeizuführen und auch ihrerseits die Voraussetzungen für einen sofortigen Baubeginn zu schaffen?
XIV.	9. Abgeordneter **Müller (Ravensburg) *)**	Ist die Bundesregierung bereit, sich bei der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn für eine wohlwollende Prüfung des Vorschlages des Internationalen Bodensee-Verkehrs-Vereins einzusetzen, die Bodenseeschiffahrt der Deutschen Bundesbahn, der Österreichischen Bundesbahnen und der Schweizerischen Bundesbahnen in eine gemeinsame Verwaltung zu bringen?
XIV.	10. Abgeordneter **Müller (Ravensburg) *)**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine engere Zusammenarbeit der drei Bodensee-Schiffsbetriebe nicht nur Kursüberschneidungen der Linien verhindern, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen verbessern könnte?
XIV.	**11. Abgeordneter Müller (Ravensburg) *)**	Wie hat sich das Defizit der Bodensee-Schiffahrt in den letzten Jahren entwickelt?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XIV. 12. Abgeordneter **Dröscher**

Hat die Bundesregierung bereits Untersuchungen darüber angestellt, ob durch eine Verbilligung des Taxi- und Mietwagenverkehrs eine spürbare Entlastung des fließenden und ruhenden innerstädtischen Verkehrs eintreten könnte?

XIV. 13. Abgeordneter **Schonhofen**

Ist die Bundesregierung bereit, bei den geplanten Stillegungen von Bundesbahnstrecken nicht nur den Gesichtspunkt der Rentabilität, sondern ebenso in Rechnung zu stellen, welche finanziellen Belastungen sich für die gesamte öffentliche Hand durch die Notwendigkeit ergeben, Ersatzverkehre und die hierfür erforderlichen Verkehrsmöglichkeiten zu schaffen?

XIV. 14. Abgeordneter **Schonhofen**

Ist die Bundesregierung bereit, in den von Streckenstillegungen betroffenen Wirtschaftsräumen den Gemeinden und Gemeindeverbänden — soweit diese Baulastträger sind — zusätzliche finanzielle Hilfen für den Ausbau anderer Verkehrswege zur Verfügung zu stellen?

XIV. 15. Abgeordneter **Schonhofen**

Wird bei den Stillegungsplänen der Deutschen Bundesbahn berücksichtigt, daß ihre Durchführung u. a. die wirtschaftlichen Interessen von nichtbundeseigenen Eisenbahnen im Einzelfall weitgehend berühren könnte und daher geeignet ist, deren Wirtschaftslage weiterhin zu verschlechtern?

XIV. 16. Abgeordneter **Zerbe**

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Einführung von K-Zuschlägen im Stückgutverkehr der Deutschen Bundesbahn für das Zonenrandgebiet eine Sonderregelung zu treffen?

XIV. 17. Abgeordneter **Zerbe**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Wirtschaft des Zonenrandgebietes durch die Einführung von K-Zuschlägen finanziell besonders getroffen werden würde, da wegen der geringeren Bevölkerungszahl und schlechteren wirtschaftlichen Lage in diesem Bereich nur einzelne Bahnhöfe das geforderte Mindestaufkommen an Stückgut erreichen?

XIV. 18. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Bis wann gedenkt der Bundesverkehrsminister den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das die Einführung von Führerscheinen für Motorbootfahrer in Küstengewässern und auf Binnenwasserstraßen vorsieht?

XIV. 19. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Wer soll nach Ansicht des Bundesverkehrsministers für die Abnahme der in Frage XIV/18 genannten Führerscheinprüfung zuständig sein?

XIV. 20. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Wie ist die Entwicklung der Zahl der Unfälle, die sich in den vergangenen Jahren durch Motorbootfahrer ereignet haben?

XIV. 21. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist die Bundesregierung bereit, mit den US-Streitkräften über eine weitere Einschränkung des Flugverkehrs auf dem Militärflughafen Rhein-Main zu verhandeln, um auf diese Weise den ständig steigenden Anforderungen des zivilen Luftverkehrs auf dem Rhein-Main-Flughafen besser entsprechen zu können?

XIV. 22. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Frankreich und in den USA der sogenannte „Huckepack-Verkehr", also der Transport von beladenen Fernlastzügen mit Spezialwaggons der Eisenbahnen, stark zugenommen, die Bilanzen der Bahnverwaltung verbessert und die Straßen entlastet hat?

XIV. 23. Abgeordneter **Strohmayr**

Trifft es zu, daß in der Bundesrepublik Deutschland einer intensiven Förderung des „Huckepack-Verkehrs" vor allem die Handhabung der Beförderungsteuer entgegensteht?

XIV. 24. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist die Bundesregierung bereit, Vorschläge zur Förderung des Ferntransports von Lastzügen mit der Bundesbahn im Einvernehmen mit den zuständigen Organisationen des Transportgewerbes und mit der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn auszuarbeiten und im Verkehrsausschuß des Bundestages zur Diskussion zu stellen?

XIV. 25. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Trifft es zu, daß durch Wartung, insbesondere durch richtige Einstellung der Motoren und des Treibstoffgemischs, an den im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeugen etwa die Hälfte der mit Schadstoffen angereicherten Autoabgase vermieden werden könnte?

XIV. 26. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Wie gedenkt die Bundesregierung in der beabsichtigten Novelle zum Straßenverkehrsrecht neben der in der Fragestunde wiederholt behandelten Festlegung von Grenzwerten für Autoabgase fabrikneuer Fahrzeuge die Einhaltung dieser Werte während der Benutzungsdauer an den im Verkehr befindlichen Fahrzeugen sicherzustellen?

XIV. 27. Abgeordneter **Picard**

Trifft es zu, daß auf der Bundesbahnstrecke Offenbach — Ober-Roden — Dieburg weitere Einschränkungen im Zugverkehr bei der Personenbeförderung vorgenommen werden sollen?

XIV. 28. Abgeordneter **Picard**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß mit einer solchen Maßnahme, wie in der Frage XIV/27 enthalten, eine größere Rentabilität und wesentliche Verbesserung des Personenverkehrs erreicht wird?

XIV. 29. Abgeordneter **Picard**

Ist die Bundesregierung wirklich der Auffassung, daß eine weitere Verlagerung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Straße, besonders in dem unter XIV/27 genannten Falle, angesichts der Überlastung des Straßennetzes sinnvoll und ohne erhebliche Nachteile für die Reisenden möglich ist?

XIV. 30. Abgeordneter **Maucher**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Bahnbusfahrer verpflichtet ist, eine fahrplanmäßige Strecke zu befahren, obwohl diese Strecke gesperrt ist?

XIV. 31. Abgeordneter **Maucher**

Warum darf der Fahrer keine eigene Initiative ergreifen und im Falle der Sperrung einer fahrplanmäßigen Strecke die beschilderte Umleitung benutzen, um die Fahrgäste dadurch rechtzeitig an die Anschlußzüge bringen zu können, was wiederholt unmöglich war?

XIV. 32. Abgeordneter **Maucher**

Besteht zwischen der Deutschen Bundesbahn und der Straßenbauverwaltung keine Absprachepflicht über Straßensperrungen?

XIV. 33. Abgeordneter **Ramms**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Wasser- und Schiffahrtsdirektionen, denen zwar nach den Verkehrsnovellen von 1961 die Überwachung der Binnenschiffahrtstarife übertragen worden ist, effektiv nicht in der Lage sind, die Tarifüberwachung durchzuführen, da ihnen nicht die Möglichkeit gegeben ist, Einsicht in die Buchführung der verladenden Wirtschaft zu nehmen?

XIV. 34. Abgeordneter **Ramms**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß z. T. fingierte Kreditrechnungen an holländische Tochtergesellschaften der verladenden Wirtschaft ausgestellt werden, die die Frachten erheblich senken?

XIV. 35. Abgeordneter **Ramms**

Was gedenkt die Bundesregierung bei Bejahung der Frage XIV/34 zu tun, um den Wasser- und Schiffahrtsdirektionen eine bessere Möglichkeit zur Überwachung für die Einhaltung der Tarife zu verschaffen?

XIV. 36. Abgeordneter **Lampersbach**

Welche Maßnahmen sind erwogen, um die Gefahren, die durch den schienengleichen Übergang der B 233/Köln — Mindener Bahn (Kamen, Landkreis Unna) entstehen, zu beseitigen?

XV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XV. 1. Abgeordneter **Dr. Meinecke**

Werden bei der Überprüfung der Kenntnisse und Fähigkeiten der Heilpraktiker gemäß der Ersten und Zweiten Durchführungsverordnung zum Heilpraktikergesetz aus den Jahren 1939

und 1941 hinreichende Kenntnisse in Anatomie, Physiologie und Pathologie vorausgesetzt und geprüft?

XV. 2. Abgeordneter **Dr. Meinecke**

Erstreckt sich die Überprüfung der Heilpraktiker lediglich darauf, daß sie geistig normal sind, die Volksschule erfolgreich abgeschlossen haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind?

XV. 3. Abgeordneter **Dr. Meinecke**

Werden die Prüfungen und Überprüfungen der Heilpraktiker seitens der Gesundheitsbehörden und Gesundheitsämter in den deutschen Bundesländern nach einheitlichen Richtlinien und Maßstäben durchgeführt?

Bonn, den 11. März 1966